

Abstimmung vom 4.6.1989

Ungleiche Allianz: Kleine und mittlere Bauern kämpfen gegen die etablierte Landwirtschaftslobby

Abgelehnt: Volksinitiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)»

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Ungleiche Allianz: Kleine und mittlere Bauern kämpfen gegen die etablierte Landwirtschaftslobby. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 461–462.

Herausgeber dieses Dokuments: Swisssvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swisssvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im Rahmen der parlamentarischen Debatten zur Revision des Landwirtschaftsgesetzes (vgl. Vorlage 420) wird 1985 auch über eine allfällige Verschärfung der Massnahmen gegen bodenunabhängige Bauernbetriebe (sogenannte Tierfabriken) diskutiert. Zwar billigt der Nationalrat die Auszahlung von 20 Millionen Franken an kleine und mittlere Bauernbetriebe, gleichzeitig lehnt er aber alle weitergehenden Anträge ab. Enttäuscht über diese «Alibiübung» beschliessen die Linksparteien und vor allem die Schweizerische Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern (VKMB), nun umso stärker auf die Volksinitiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)» zu setzen. Diese wird noch im selben Jahr eingereicht. Das Volksbegehren verlangt einerseits einen besseren Schutz der kleinen und mittleren Bauern, andererseits eine liberalere Importregelung. Letzteres motiviert den Grossverteiler Denner dazu, sich ebenfalls an der Unterschriftensammlung zu beteiligen. Mit ihren Forderungen stellt die Initiative die offizielle Agrarpolitik des Bundes grundsätzlich in Frage.

Der Bundesrat lehnte die Initiative ab mit der Begründung, die Begünstigung kleiner Einheiten würde die Landwirtschaft nur noch mehr vom Markt wegdrängen. Ausserdem könnten gewisse Anliegen des Begehrens – etwa die Direktzahlungen – auch ohne Verfassungsänderung umgesetzt werden. Ferner macht die Landesregierung handelspolitische Gründe geltend, verlangt doch die «Kleinbauerninitiative» eine grundlegende Neuordnung des Einfuhrschutzes. Diesen Argumenten schliesst sich auch der Ständerat an, der zudem einen Antrag auf Ausarbeitung eines Gegenvorschlags ablehnt. Dieser Gegenvorschlag hätte den vom Bundesrat in seinem sechsten Landwirtschaftsbericht formulierten Zielen eine Verfassungsgrundlage geben und insbesondere die umweltgerechte Produktion speziell erwähnen sollen. Der Vorschlag wird im Nationalrat in ähnlicher Form wieder aufgenommen, findet aber letztlich auch hier keine Mehrheit. In der Schlussabstimmung wird die Initiative vom Nationalrat mit 103 zu 45 Stimmen und im Ständerat mit 35 zu 4 Stimmen abgelehnt.

GEGENSTAND

Die Bundesverfassung soll wie folgt ergänzt werden: Die Gesetzgebung zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes soll auf bäuerliche Betriebe beschränkt werden. Darunter ist eine landwirtschaftliche Produktionsstätte zu verstehen, die selbstständig bewirtschaftet wird und für die Tierhaltung eine eigene Futterbasis hat. Sofern der Absatz inländischer Erzeugnisse zu kostendeckenden Preisen gefährdet ist, soll der Bundesrat ausschliesslich folgende Massnahmen treffen: Er soll die Importeure verpflichten, in einem bestimmten Verhältnis zu den Importmengen gleichartige Produkte zu kostendeckenden Preisen aus bäuerlichen Betrieben zu übernehmen, oder Importabgaben erheben, aus deren Ertrag Direktzahlungen an die Bauern geleistet werden. Der Bund soll ausserdem Einfuhrverbote erlassen können (BBI 1988 I 1477–1478).

ABSTIMMUNGSKAMPF

Dem Volksentscheid geht ein intensiver Abstimmungskampf voraus. Insbesondere Denner-Chef Karl Schweri kämpft mit grossem finanziellem Engagement für die Initiative. Er erhofft sich eine liberalere Importregelung, welche tiefe Preise für die Konsumenten garantieren soll. Schweris Inseratenkampagne stösst jedoch nicht nur bei seinen politischen Gegnern auf Kritik, auch die Bauern werfen ihm ausschliessliche Verfolgung von Eigeninteressen vor. Zur Annahme empfohlen wird das Volksbegehren von den linken Parteien, den Grünen, der EVP und der Nationalen Aktion. Der LdU beschliesst Stimmfreigabe. Gemäss Initiativkomitee würde eine Neuordnung des Einfuhrschutzes nicht nur faire Einkommen für kleine und mittlere Bauern garantieren, sondern auch die Entstehung von sogenannten Tierfabriken verhindern. Diese würden nach den neuen Bestimmungen keine Subventionen mehr erhalten. So könnten umweltschädigende Emissionen verringert und das Angebot an gesunden Produkten erweitert werden. Die bürgerlichen Parteien, die Arbeitgeberorganisationen sowie der Schweizerische Bauernverband stellen sich gegen die Vorlage. Ihrer Meinung nach würden bei Annahme der Initiative ca. 12000 landwirtschaftliche Betriebe verschwinden – und zwar nicht, wie die Initianten behaupten, bei den Tierfabriken, sondern im Gegenteil bei den kleinen und mittleren Bauern. Die Landwirtschaft würde zudem noch mehr vom Markt abgeschirmt, was auch in aussenwirtschaftlichen Verhandlungen zum Nachteil werden könne.

ERGEBNIS

Mit einer Nein-Mehrheit von 51,1% wird die Kleinbauern-Initiative am 4. Juni 1989 bei einer Stimmbeteiligung von 36,0% nur knapp abgelehnt. Neun Kantone (Zürich, Bern, Glarus, Solothurn, Basel-Stadt, Baselland, Schaffhausen, Tessin und Genf) nehmen das Volksbegehren an. Am deutlichsten stimmt ihm der Kanton Basel-Stadt mit 66,2% Jastimmen zu. Abgelehnt wird die Vorlage hingegen von den Kantonen der Innerschweiz und der Mehrheit der französischsprachigen Kantone.

Wie aus der Abstimmungsanalyse hervorgeht, waren die Stimmenden insgesamt relativ gut über die Vorlage informiert. Dennoch bekundete eine Mehrheit Mühe mit der Entscheidungsfindung. Interessanterweise geben sowohl Gegner als auch Befürworter der Initiative an, sie hätten mit ihrer Stimmabgabe die kleinen und mittleren Bauern unterstützen wollen. Offensichtlich bestand ein breiter Konsens über die Notwendigkeit protektionistischer Massnahmen zugunsten naturnaher Produktionsmethoden. Uneins waren sich die Teilnehmenden nur in der Wahl der geeigneten Mittel. Während die eher aus städtischen Gebieten stammenden Jastimmenden ihren Entscheid vor allem auf umweltschützerische Argumente abstützten, befürchteten die mehrheitlich auf dem Land lebenden Gegner des Begehrens, dass dieses ausschliesslich Grossbetrieben zugute gekommen wäre. Ein nicht unbedeutender Teil der Neinstimmenden gab ausserdem als Ablehnungsgrund die aggressive Denner-Werbung an.

Weiter zeigte sich, dass lediglich 20% der Befragten grundsätzlich mit der offiziellen Landwirtschaftspolitik einverstanden sind.

QUELLEN

BBI 1988 I 627; BBI 1988 III 1477. APS 1985 bis 1989: Landwirtschaft – Agrarpolitik. Vox Nr. 37.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.